

## Der Imperialismus schlägt zu, schlagen die Massen zurück?

**Das Jahr begann mit Trumps militärischer Intervention in Venezuela, um sich dessen Öl unter den Nagel zu reißen, und neuen Ankündigungen, sich Grönland und dessen Ressourcen einzuverleiben. Außerdem droht der US-Präsident nun mit einer neuen Militärintervention gegen den Iran. Unter dem Vorwand, der iranischen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, die sich gegen die Diktatur der Mullahs unter dem Religionsführer Chamenei auflehnt und dabei einer Repression trotz, die schon zu mehreren Tausend Toten und weit über zehntausend Verhaftungen geführt hat.**

Um die amerikanische Intervention in Venezuela zu rechtfertigen, hatte Trump von Förderung der Demokratie und dem angeblichen Kampf gegen den Drogenhandel gesprochen. Nur ist es für alle offensichtlich, dass Trumps Gewaltstreik ausschließlich mit der Verteidigung der imperialistischen Interessen der USA in der Region zu tun hatte.

### Ihre „Demokratie“ stinkt nach Öl

In Venezuela wollen die Vereinigten Staaten wieder die uneingeschränkte Kontrolle über die größten Ölvorkommen der Welt übernehmen. Seit der Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro, um den Druck auf ein ohnehin schon kompromissbereites Regime zu erhöhen, blockieren die USA die Rohölexporte und haben mehrere Tanker abgefangen, um andere Mächte wie Russland und China, die mit Caracas Geschäfte machen, von der Nutzung venezolanischen Öls abzuhalten.

Und Trump belässt es nicht dabei, sondern droht anderen lateinamerikanischen Ländern mit Angriffen, wenn sie sich nicht vollständig den Vereinigten Staaten unterordnen, und zwingt sie so zu Loyalitätsbekundungen. Er hat auch gegenüber seinen europäischen „Partnern“ seine Absichten in Bezug auf Grönland bekräftigt, diese Kolonie Dänemarks, die er gerne übernehmen (oder kaufen) möchte, um die Handelsrouten in der Arktis zu kontrollieren und an die vielversprechenden Lagerstätten von Rohstoffen zu gelangen, die durch die globale Erderwärmung aus dem Eis befreit werden könnten ... was die zynische Gier des Großkapitals weckt! Was die Bevölkerung Grönlands angeht, die von einer Kolonialmacht zur nächsten wechseln würde, so hätte sie dabei kein Mitspracherecht.

### Aber die Massen lassen sich das nicht gefallen!

Heute steht der Iran im Visier von Trump. Auch hier hätte eine Intervention der US-Armee nichts mit der Verteidigung der „Demokratie“ oder der iranischen Bevölkerung zu tun. Trump droht mit einer Interven-

tion im Iran, um einer sozialen Bewegung mit unvorhersehbaren Folgen Einhalt zu gebieten, die gefährlich sein könnte, weil sie auch den Völkern der pro-westlichen Diktaturen in den Nachbarländern als Vorbild dienen könnte und weil sie den Interessen der Ölkonzerne in der Region schaden könnte.

Ausgangspunkt des Volksaufstands im Iran ist eine Wirtschaftskrise, für die die Führer des Landes die unteren Schichten bezahlen lassen, indem sie Sparmaßnahmen durchsetzen und die Löhne einfrieren oder gar nicht auszahlen. Diese Krise ist ebenso auf die Korruption des Regimes zurückzuführen wie auf die Wirtschaftssanktionen, die die Großmächte, allen voran die Vereinigten Staaten, gegen den Iran verhängt haben.

Trotz des skandalösen Vorgehens der Polizei und anderer Repressionsorgane, Internetabschaltung und Schließung von Universitäten nahmen die Demonstrationen zu, zum Teil wurden Repressionskräfte werden aus Städten und Stadtvierteln vertrieben. Doch die iranische Bevölkerung, die seit Jahrzehnten immer wieder heldenmütig gegen das Mullah-Regime ankämpft, hat Besseres verdient, als dass anstelle der derzeitigen Machthaber die Monarchie, die 1979 durch eine Volksrevolution gestürzt wurde, wieder eingeführt wird, indem mithilfe amerikanischer Bombardements der Sohn des ehemaligen Schahs von Iran wieder an die Macht kommt!

Und Trump hat seinerseits Anlass zur Sorge. Denn auch in den USA gab es überall Demonstrationen gegen seine eigene Politik. In erster Linie gegen die finsternen Machenschaften seiner Einwanderungsbehörde ICE und um Gerechtigkeit für Renée Good zu verlangen, die Autofahrerin, die im Rahmen eines ICE-Einsatzes brutal erschossen wurde, während sie lediglich versucht hatte, ihren Nachbar:innen beizustehen.

Trump und seinesgleichen greifen die ganze Welt an: Gönnen wir ihnen keine Ruhe!

# Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

## Neues Jahr, alte Kämpfe

Ob es nun um die schön gerechneten Einmalzahlungen bei der CFM geht (erste Klagen sind raus) oder Personalratios bei der Charité – wir machen da weiter, wo wir 2025 aufgehört haben. Am Samstag, den 17.01.2026 gibt es ab 8.30 Uhr eine Protestkundgebung vor der ver.di Bundesverwaltung (Paula-Thiede-Ufer 10) mit Kolleg:innen der CFM und Vivantes. Warum dort? Kai Wegner will Grußworte an die dortige DGB-Konferenz richten. Diesen Herrn wollen wir natürlich ordentlich begrüßen.

## Kleider machen Verträge

Glatteis, Minustemperaturen und Schnee sind viel besser unter dem Mantel des TVÖD zu ertragen als unter dem alten Lumpen des CFM-Hausmantelvertrages. Wir wollen und verdienen mehr!

## KIS

Die Charité benötigt ein neues KIS (Krankenhausinformationssystem). Den Zuschlag hat nun wohl ein US-amerikanischer Anbieter bekommen. Datenschutz, Abhängigkeit von amerikanischen Anbietern zu Trumps Zeiten? Man mag darüber denken, was man will. Doch wichtiger, wer zahlt das neue digitale Herz? 200 Millionen € hat die Charité eingeplant. Laut Gesetz müsste der Berliner Senat das Geld dafür geben. Doch dieser sträubt sich. Die Charité müsse Kredite aufnehmen. Dazu hat der Senat auch schnell das Universitätsmedizinergesetz geändert. Bis zu 400 Millionen € soll die Charité in 10 Jahren sich borgen. Kredite, deren Rückzahlung aus den laufenden Betriebskosten erfolgt und natürlich zu unseren Lasten gehen wird. Wir hören es schon: Höher, schneller, weiter ... KISs your ass!

## Damit es der Markt regelt,

unterlässt es das Gesundheitsministerium, ein landesweites KIS entwickeln zu lassen. Dabei ist es nicht nur die Charité, die gerade eine neue Software einkauft. Viele andere Kliniken geben auch hunderte Millionen an private Firmen. Das führt erneut zu unterschiedlichen Systemen mit all den Folgen für den Informationsaustausch zwischen den Kliniken oder auch Arztpraxen. Hauptsache öffentliche Gelder fließen in die Privatschatulle der eh schon reichen Firmen.

## Hände weg vom Streikrecht!

Unsere Kolleg:innen an den DRK-Kliniken sind am 13. Und 14.01. in den Streik getreten. Seit Monaten verhandeln sie über ihre Forderungen nach je 5% mehr Lohn in 2026 und 2027. Ergebnislos. Die Chefs der DRK-Kliniken sind keinen Deut besser als die von Charité und Vivantes und haben bei Gericht eine einstweilige Verfügung gegen den Streik beantragt. Aufhänger ist auch diesmal die Notdienstvereinbarung. Gefordert werden mal wieder Notbesetzungen, die oft über dem der täglichen Besetzung liegen. Eine Strategie der Chefs gegen die Mobilisierung der Kolleg:innen und deren Streikrecht.

## Keine Überraschung

Das OP-Management hat eine neue Chefin. Überraschung? Alle Kolleg:innen in den OPs kennen sie schon. Die Wenigsten werden sich über diese Personalie freuen. Wie auch, bei solch Gerede: „*Mein Ziel ist es, die OP-Saalnutzung durch die Partner der chirurgischen Kliniken harmonisch mit der dafür notwendigen qualitativen und quantitativen Personalplanung sicherzustellen. Dabei*

*möchte ich die Sichtweisen zur Mitarbeitenden-Orientierung und die angestrebte Leistungsentwicklung in geeigneten Aufbau- und Organisationsstrukturen bestmöglich in Einklang bringen ...*“ Jaja, wir wissen es schon: Höher, schneller, weiter ... da war doch was: Studis im OP, Ausfallmanagement, Einarbeitungskonzept ...

## Tennisstar Wegner an der Charité

Mensch ganz groß, der Bürgermeister dankt dem Team der Zentralen Notaufnahme am CBF für den Einsatz während des Stromausfalls im Süden der Stadt. Wohl persönlich und nicht vom Court aus. Zu diesem Anlass sah man auch mal wieder Frau Senatorin Czyborra an der Charité. Sie sagte: „*Ich glaube, manchmal wissen wir in Berlin gar nicht, was wir an der Charité haben.*“ Nun ja, erinnern wir sie mal: CFM-Beschäftigte, die noch immer unter TVÖD bezahlt werden, Ärzt:innen, die zu 48 Stunden Regelarbeit zustimmen sollen, Pflegepersonal, dass erneut um bessere Besetzungen in der Patient:innenversorgung kämpfen muss, einen Investitionsstau von Milliarden, den der Senat verschuldet hat, ...

## Berlin ganz groß

Berlin kann es doch. Rekorde aufstellen. Zum Beispiel bei der Anzahl der Polizist:innen. 556 Polizeikräfte kommen in New York auf 100.000 Bewohner:innen. In Berlin sind es 2024 723 gewesen. Das kostete samt Ausrüstung etwas über 2 Milliarden €. „*Der Polizeietat ist also höher als der Etat für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung*“ stellte das Justice Collective fest.

## Entlastung an der Charite auch nach 2026?

Der Entlastungstarifvertrag läuft 2026 aus und muss neu verhandelt werden. Wird ja Zeit, Stationsregelungen zu verbessern oder auch Bereiche wie Ambulanzen oder Verwaltung zu regeln. Die Charité wird davon nichts wissen und den Tarifvertrag zu unseren Lasten ändern wollen. Also müssen wir Verbesserungen durchsetzen, auch mit Streik. Als ersten Schritt gibt es folgende Umfrage: [https://berliner-krankenhausbewegung.de/umfrage\\_tv\\_gfb/](https://berliner-krankenhausbewegung.de/umfrage_tv_gfb/) Die Fragen dort haben es in sich. Aber man kann die allein oder auch im Team beantworten. Jedenfalls nicht verzagen, Hilfe bei Kolleg:innen anzufragen.

## Charity

Schön, wirklich schön ist es geworden. Der Spielplatz im Hof der Kinderklinik am CVK und auch der Eingangsbereich zur Klinik. Da hat die Charité sich echt Mühe gegeben. Ach nee, die hat ja kein Geld. Dann bestimmt das Land Berlin? Auch nicht. Das kürzt ja lieber die Landeszuschüsse für Klinik und Fakultät, anstatt die Villenbewohner im Grunewald per Steuer zur Kasse zu bitten. Mal wieder benötigt die Charité Gelder von privaten Sponsoren. Diesmal hat die Charité besondere Wohltäter gefunden. Die Betreiber des Artemis (Bordell) erhielten eine Entschädigung vom Land Berlin für einen Justiz-Irrtum, sie legten noch etwas drauf und spendeten für die Charité-Kinderkliniken.

## Gemeinsam stark

Die Kolleg:innen im TV-L (Tarifvertrag der Länder) fordern: 7%, aber mindestens 300 € mehr bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Angesichts der Sparpläne in allen Bundesländern ist klar: nicht nur die jetzigen Warnstreiks, sondern unbefristete Streiks sind nötig. Ob Bund oder Land: wir zeigen uns solidarisch mit allen Kolleg:innen!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: gruppe\_vitaminc - flugblatt\_charite@gmx.net - [www.sozialismus.click](http://www.sozialismus.click)

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin